



Beschlussvorlage

Federführender Fachdienst:
FD Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung

Vorlagen Nr.:
BV/4/0163/1

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	beraten in der Sitzung			
		am	dafür	dagegen	enthalten
Mobilitätsausschuss	Vorberatung	11.11.2025			
Haushalts- und Finanzausschuss	Vorberatung	19.11.2025			
Kreisausschuss	Vorberatung	24.11.2025			
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	15.12.2025			

Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung von tariflichen Maßnahmen im ÖPNV in HST

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die anliegende Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung von tariflichen Maßnahmen im ÖPNV in der Hansestadt Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen zum 1. Januar 2026.

Stralsund, 13. November 2025

gez. Dr. Stefan Kerth
- Landrat -

Begründung:

Der Landkreis Vorpommern-Rügen und die Hansestadt Stralsund streben im Stadtgebiet eine Attraktivitätserhöhung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch stark rabattierte oder zunächst für definierte Nutzergruppen fahrpreislose Bustickets an, um einen Beitrag für mehr Lebensqualität, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu leisten. Das gemeinsame Interesse besteht darin, das Seniorenticket und die Schülernetzkarte auch in 2026 anzubieten.

Langfristig verfolgt die Hansestadt Stralsund das verkehrspolitische Ziel, den PKW-Verkehr im Stadtgebiet erheblich zu reduzieren und den Umstieg durch einen für alle Nutzer attraktiven und ggf. fahrpreislosen bzw. fahrscheinlosen ÖPNV zu erreichen.

Die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf stellen einen wesentlichen Bestandteil zur Refinanzierung der Nahverkehrsleistung dar. Bei fahrpreislosen oder fahrpreisreduzierten Personenbeförderungen entstehen Mindereinnahmen, für die eine Gegenfinanzierung erforderlich ist. Gemäß Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern (ÖPNVG M-V) obliegt die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Zur Regelung dieses finanziellen Ausgleichs ist daher eine Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung der tariflichen Maßnahmen im ÖPNV zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und der Hansestadt Stralsund erforderlich.

Der Beschluss zur Aufhebung der Mindestentfernung in der Schülerbeförderung und zur Einführung einer landkreisweiten Schülernetzkarte hat vor allem in der Hansestadt Stralsund zu Kostensteigerung durch Angebotsmehrung im Stadtgebiet geführt. Die Auswertung des Nutzungsverhaltens beim Seniorenticket im Jahr 2024 hat gezeigt, dass auf Grundlage der aktuellen Beförderungstarife nach dem Bestpreismodell der Finanzierungsbeitrag der Hansestadt angepasst werden kann. Hierzu haben sich Hansestadt und Landkreis verständigt.

Anlagen:

- Verwaltungsvereinbarung Landkreis Vorpommern-Rügen und Hansestadt Stralsund

Finanzielle Auswirkungen:		☐ keine haushaltsmäßige Berührung
Gesamtkosten:		
Finanzierung		
Veranschlagung im aktuellen Haushaltsplan:	Produkt/Konto:	5470100.4144300
über- oder außerplanmäßige Ausgabe:	Deckung erfolgt aus Produkt/Konto: - MA - ME	
Folgekosten in kommenden Haushaltsjahren:	Haushaltsjahr: 2026	1.150.000 EUR
	Haushaltsjahr: 2027	1.150.000 EUR
	Haushaltsjahr:	
	Haushaltsjahr:	
Bemerkungen:		